

GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA

Länderstudie Griechenland

Giorgos Bithymitris und Argyris Biskinis

Februar 2023

Diese Studie ist im Rahmen einer EU-weiten länderübergreifenden Forschung entstanden und befasst sich mit den gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit dem Rechtspopulismus. Sie rückt die politischen Prozesse und Erfahrungen der Gewerkschaften in Griechenland in den Fokus und nimmt insbesondere die Praktiken der rechtsextremen Partei »Goldene Morgenröte« (*Chrysi Avgi*) und das Vorgehen der griechischen Gewerkschaften im sogenannten Krisenjahrzehnt (2009 bis 2019) in den Blick.

HISTORISCHER, INSTITUTIONELLER UND POLITISCHER HINTERGRUND

ZUR GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTS- BEWEGUNG IN GRIECHENLAND

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Griechenland reicht bis ins frühe 20. Jahrhundert zurück. Der Allgemeine Griechische Gewerkschaftsbund (GSEE, *Genikí Synomospondía Ergatón Elládos*) – bis heute der einzige offizielle Gewerkschaftsbund im privatwirtschaftlichen Sektor – wurde 1918 gegründet, nur wenige Tage vor der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Griechenlands (ursprünglich SEKE, 1924 umbenannt in KKE, *Kommounistikó Kómma Elládas*). Die schwache institutionelle Basis des politischen Systems in Griechenland zeigt sich unter anderem in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Arbeitnehmer*innen. Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts gestalteten sie sich nach einem ganz anderen Muster als die westeuropä-

ischen liberalen Demokratien. Das repressive Vorgehen des Staates auf der einen Seite (Verfolgung linker Gewerkschafter*innen und Zerschlagung militanter Gewerkschaften) sowie seine weitreichende Einmischung in interne Gewerkschaftsangelegenheiten auf der anderen Seite führten zu einem System, das zu recht als sisyphushaft bezeichnet wurde: Während sich im Westen das Muster »Verbot → Toleranz → Anerkennung« durchsetzte, bestimmte in Griechenland eher das Prinzip »Verbot → Toleranz → Verbot« die Arbeitsbeziehungen (Liakos 1993). Erst der demokratische Neubeginn 1974 und insbesondere die Regierungsübernahme durch die Sozialistische Partei (PASOK, *Panellinio Sosialistiko Kinima*) ebneten den Weg für die Demokratisierung der griechischen Gewerkschaften und die Einbindung der bis dahin unterdrückten progressiven Kräfte.

Die 60 Jahre andauernde Vorherrschaft der Rechten stützte sich auf den Antikommunismus und den Nationalismus. Diese beiden weltanschaulichen Kerngedanken fanden in der »offiziellen« Ideologie *Ethnikofrosini* ihren Ausdruck. Dieser Begriff, der erstmals in der Verfassung von 1952 erschien, bedeutet »nationale Gesinnung« und hebt auf interne wie externe Bedrohungen sowie auf das vermeintliche Fortbestehen der »hellenisch-christlichen Zivilisation« ab (Papadimitriou 2006). Gefestigt wurde die rechte Vorherrschaft

durch Zwang und Klientelismus, den vor allem die politische Elite, aber auch die großen Industriekonzerne betrieben – mit weitreichenden Folgen für die Mobilisierungskraft der Gewerkschaften, denn beides bedeutete, dass die Ausgrenzung von Arbeiterzusammenschlüssen, militanten Aktivist*innen und fortschrittlichen politischen Organisationen toleriert (oder gar provoziert) wurden und die Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiterbewegung untergraben wurde (Koukoules 1994; Kouzis 2007). Ihren Höhepunkt fand die Koppelung von Nationalismus und Antikommunismus innerhalb der offiziellen Gewerkschaftsbewegung während der Militärjunta (1967–1974). Im Zuge der anschließenden Demokratisierung verlor sie jedoch an Bedeutung. Die neue Ära brachte einen Kulturwandel mit sich. Die Wählerschaft verschob sich auf verschiedenen Regierungsebenen deutlich nach links und zur linken Mitte, und die Gesellschaft erwartete verstärkt egalitäre Lebensverhältnisse. Dadurch blieb nur noch wenig Spielraum für Nationalismus und autoritäre Politik. Der gewerkschaftspolitischen Dominanz der linken Mitte konnten weder die Konservativen noch die radikale Linke oder die Kommunisten jemals ernsthaft gefährlich werden: Der GSEE wird seit 1983 bis heute von den Sozialisten (PASOK-KINAL; PASOK – Kínima Allagís, kurz: PASOK) geführt (Bithymitris / Kotsonopoulos 2017; Bithymitris 2021a).

Erst seit der Griechenlandkrise wirft die nationalistische Ideologie wieder ihren bedrohlichen Schatten auf die organisierte Arbeiterschaft. Bevor wir uns näher mit dem (gescheiterten) neofaschistischen Griff nach der Gewerkschaftsbewegung befassen, werfen wir einen kurzen Blick auf die Struktur der Gewerkschaften und die politische Interessensvertretung.

DIE ARBEITSBEZIEHUNGEN IN GRIECHENLAND VOR DER KRISE

Wie bereits erwähnt, bildete sich das heutige System der Arbeitsbeziehungen in Griechenland erst nach dem Zusammenbruch der Diktatur und der Gründung der Dritten Republik 1974 heraus. Auch nach der Wiederherstellung der Demokratie unterlagen die gewerkschaftlichen Aktivitäten weiterhin einer strengen staatlichen Kontrolle. Das 1982 novellierte Gewerkschaftsgesetz machte den Weg frei für das Verhältnismäßigwahlrecht und die Einbindung der radikalen Gewerkschaftsbewegung. Gesetzesinitiativen (freie Tarifverhandlungen, sozialer Dialog, Teilnahme von Gewerkschaftsvertreter*innen an Regierungsgremien in den Bereichen Sozialpolitik und Wirtschaft) sowie der Übergang von konfrontativen Arbeitsbeziehungen zu einer gemäßigten Gewerkschaftspolitik ließen im Zuge der europäischen Integration einen neuen instituti-

onellen Gesamtrahmen entstehen, der bis zur sogenannten Griechenlandkrise intakt blieb.

Als Fundament der institutionellen Strukturen dieser Zeit diente ein Gewerkschaftsmodell, das einerseits in sich geschlossen ist und sich andererseits aufgrund der Aufteilung in den öffentlichen und den privatwirtschaftlichen Sektor in zwei Teile gliedert (Katsaroumbas / Koukiadaki 2019: 267). Die beiden offiziellen Gewerkschaftsverbände sind GSEE und ADEDY (*Anótati Dioíkisi Dimosíon Ypallílon*, Dachgewerkschaft der im öffentlichen Dienst Beschäftigten).¹ GSEE vertritt überwiegend Arbeitnehmer*innen in der Privatwirtschaft, aber auch Beschäftigte mit Zeitverträgen im öffentlichen Sektor (beispielsweise Angestellte öffentlicher Unternehmen) sowie privatrechtlich Beschäftigte in öffentlichen Unternehmen. ADEDY ist der Gewerkschaftsbund für Beschäftigte, die im öffentlichen Sektor, bei öffentlich-rechtlichen juristischen Personen oder bei Kommunalverwaltungen angestellt sind. Die Struktur der Gewerkschaften gliedert sich nach griechischem Recht in drei Ebenen:

- a) Gewerkschaften der **ersten Ebene**: Diese Gewerkschaften sind rechtlich autonom und in ihren Aktivitäten entweder auf eine bestimmte Region oder ein bestimmtes Unternehmen beschränkt. Sie können Teil einer nationalen Branchengewerkschaft oder eines regionalen Gewerkschaftsverbands (zweite Ebene) sein.
- b) Gewerkschaften der **zweiten Ebene**: Bei diesen Gewerkschaften handelt es sich entweder um landesweite Industrie- oder Berufsverbände (Branchengewerkschaften) oder um regionale Organisationen (Arbeiterzentren).
- c) Gewerkschaften der **dritten Ebene**: nationale Gewerkschaftsverbände wie GSEE und ADEDY, die sich aus Gewerkschaften der zweiten Ebene zusammensetzen.

Zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien bestehen in Griechenland seit jeher sehr enge Beziehungen. Die Parteien sind direkt in den Gewerkschaften vertreten, und zwar in Form von Fraktionen, die unter einem anderen Namen zur Wahl antreten. Die Fraktion mit den meisten Sitzen oder eine Koalition aus mehreren Fraktionen ernennt anschließend den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes. Im Gewerkschaftsbund GSEE ist die sozialistische Fraktion

¹ Auch im privatwirtschaftlichen Sektor gibt es einige kleine Gewerkschaften, die sich aus dem offiziellen Gewerkschaftsgefüge (der GSEE) heraushalten und sich der Kategorie des »Social Movement Unionism« zuordnen lassen. Insgesamt ist ihr Einfluss jedoch marginal.

stärkste Kraft (38,6 Prozent der Stimmen bei den letzten Wahlen 2020 für den Gewerkschaftsvorstand), gefolgt von der konservativen und der kommunistischen Fraktion (23,1 Prozent bzw. 19,6 Prozent). In der ADEDY sind die Konservativen die stärkste Fraktion (25,3 Prozent bei den letzten Wahlen 2019), gefolgt von den Sozialisten (PASOK), den Kommunisten (KKE) und der Radikalen Linken (SYRIZA, *Synaspismos Rizospastikis Aristeras*) – mit 19,1 Prozent, 18,6 Prozent bzw. 14,2 Prozent.

Die Machtverhältnisse innerhalb der griechischen Gewerkschaften bilden nicht die Dynamik des politischen Systems in Griechenland ab. Eine umfassende Gesamteinordnung der politischen Landschaft Griechenlands in den letzten fünfzig Jahren ist an dieser Stelle nicht möglich, aber einige wichtige Aspekte sollten dennoch herausgestellt werden. Dass die demokratischen Verfahren inhaltlich und dem Ergebnis nach funktionieren, wird gemeinhin auf das verlässliche Hin- und Herwandern der Regierungsverantwortung zwischen der sozialistischen PASOK und der konservativen *Nea Dimokratia* (ND) zurückgeführt, die sich fast vierzig Jahre (1974–2012) lang gegenseitig ablösen. In dieser Hochphase der griechischen Zweiparteienherrschaft (mit einem Stimmenanteil von zusammen weit über 70 Prozent) wurde die parlamentarische Linke vor allem von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE, *Kommounistikó Kómma Elládas*) vertreten, einer marxistisch-leninistischen Partei mit stark antikapitalistischem Diskurs (etwa 5–8 Prozent der Stimmen), sowie in geringerem Maße von der Eurokommunistischen Linken, die 2004 als linkes Parteienbündnis entstand (etwa 3–5 Prozent der Stimmen) und 2012 zu einer einheitlichen politischen Partei SYRIZA wurde. Durch die Schuldenkrise von 2009 und die anschließenden Sparmaßnahmen haben sowohl das Parteiensystem als auch die Gewerkschaftsorganisationen stark gelitten, aber erkennbare Auswirkungen hatte dies interessanterweise nur in der Parteienlandschaft: Der spektakuläre

Aufstieg der Radikalen Linken, der 2015 SYRIZA an die Macht brachte (in Kooperation mit einer kleinen rechten Partei, die ihrerseits ein Nebenprodukt der Krise war), der Zerfall der Sozialisten, die innerhalb von drei Jahren fast 75 Prozent ihrer Wählerstimmen verloren, und der Wahlerfolg der Neonazi-Partei »Goldene Morgenröte« (GM), deren Stimmenanteil 2012 von etwa 20.000 auf 440.000 stieg, was einem Stimmenanteil von 6,97 Prozent entspricht, machen die dramatischen Umwälzungen deutlich.

AUSWIRKUNGEN DER JÜNGSTEN WIRTSCHAFTSKRISE AUF DIE ORGANISIERTE ARBEITNEHMERSCHAFT

Die Wirtschaftskrise, die Sparpolitik und die sozialen Unruhen in den Jahren 2009 bis 2015 haben zweifellos ihre Spuren in der organisierten Arbeitnehmerschaft hinterlassen. Doch sie haben nicht zu einer Neuordnung der internen Machtverhältnisse geführt. Dass die Gewerkschaften an institutioneller Bedeutung verloren, war für sie ein schwerer Schlag: Mit dem Beginn der Rettungspläne für Griechenland und der Umsetzung der Sparmaßnahmen waren die Gewerkschaften mit vier großen Bedrohungen konfrontiert: (a) der Deregulierung des Arbeitsmarktes und einer beispiellosen Erosion der Tarifverhandlungsmacht (siehe Tabelle 1; sowie Katsaroumbas / Koukiadaki 2019: 268); (b) der sprunghaft ansteigenden Arbeitslosenquote, gekoppelt mit einer Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse²; (c) dem Mitgliederschwund der Gewerkschaften (Bithymitris / Kotsonopoulos 2017); und (d) dem Angriff der extremen Rechten auf die Gewerkschaftsbewegung.

² Die Gesamtarbeitslosenquote hat sich zwischen 2008 und 2016 von 7,8 Prozent auf 23,6 Prozent verdreifacht. Statistiken dazu sind hier abrufbar: <https://www.statistics.gr/el/statistics/-/publication/SJO03/>. Im gleichen Zeitraum haben die Arbeitsplatzunsicherheit und die unfreiwillige Teilzeitarbeit deutlich zugenommen (Broughton et al. 2016).

Tabelle 1
Die Tarifverhandlungssituation in Griechenland

	2010 (in Prozent)	2020 (in Prozent)
Anteil der tarifvertraglich beschäftigten Arbeitnehmer*innen*	100	14,3 (2017)
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad**	25,5	15,3

Quellen: * <https://www.oecd.org/employment/ictwss-database.htm>, ** Eigene Berechnungen auf Grundlage offizieller von GSEE und dem Griechischen Statistischen Amt bereitgestellten Zahlen.

Die Widerstandskraft der sozialistischen Fraktion gegenüber einer radikalen Linken, der es nicht gelingt, ihr beeindruckendes Wahlergebnis in eine Vormachtstellung innerhalb der Gewerkschaften umzumünzen, wurde bereits an anderer Stelle erörtert (Bithymitris 2018). Interessanter für die vorliegende Studie ist eine Frage, die in der Forschung zur extremen Rechten in Griechenland bislang kaum beachtet wurde: Warum hat die neofaschistische Bewegung, die für einen großen Teil der breiten Bevölkerung (wohl die am meisten enttäuschten und mittellosen Bevölkerungsgruppen) besonders attraktiv war, es nicht geschafft, die organisierte Arbeiterschaft zu erreichen? Warum haben die physischen und ideologischen Angriffe der GM gegen Gewerkschafter*innen dazu geführt, dass es dieser Partei nicht gelungen ist, aus ihrem wachsenden politischen Einfluss Kapital zu schlagen, indem sie eine starke rechtsextreme Fraktion in den Gewerkschaften GSEE und ADEDY aufgebaut oder neue nationalistische Gewerkschaften gegründet hat. Um das besser nachvollziehen zu können, muss der Gesamtzusammenhang etwas näher erläutert werden.

DIE EXTREME RECHTE UND DIE ARBEITERSCHICHT IM KRISEN- GESCHÜTTELTEN GRIECHENLAND

Dass der Aufstieg der rechtsradikalen Parteien (*radical right parties*, RRP) in Europa und anderen Teilen der Welt mit den sozialen Auswirkungen der Großen Rezession (2008) in Zusammenhang gebracht wird, ist inzwischen ein politikwissenschaftlicher Gemeinplatz, obwohl für diese beunruhigende Entwicklung auch kulturelle Erklärungen bemüht werden. Bestätigt werden solche Erklärungsmuster durch die Veränderungen der politischen Nachfrage, die sich im Wahlverhalten der breiten Bevölkerung ausdrückt, und des politischen Angebots (Proletarisierung der extremen Rechten), die in verschiedenen Kontexten zu beobachten sind – angefangen mit der Wahl von Donald Trump in den USA 2016 über den Brexit und den Beinahe-Sieg Marine Le Pens bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich bis hin zum Wahlsieg der italienischen extremen Rechten im Oktober 2022 und zum Aufstieg der rechtsextremen Schwedendemokraten usw. Dies sind nur einige der markantesten Beispiele für einen strukturellen politischen Wandel, der sich nach der globalen Krise von 2008 abzuzeichnen begann.

Der rasant zunehmende Erfolg der Nationalisten nahezu im gesamten Globalen Norden ist nur zu verstehen, wenn man zwei zentrale und miteinander zusammenhängende Faktoren in den Blick nimmt: (a) die schon vor 2008 vorhandene Tendenz der materiellen und symbolischen Abwertung postindustrieller Bevölke-

rungsgruppen, die sich nach 2008 weiter verschärft hat (Reckwitz 2020); und (b) den Wandel der rechtsradikalen Parteien von kulturell autoritären, aber wirtschaftspolitisch liberalen Parteien – laut Kitschelt und McGann (1995) die »Erfolgsstrategie« der radikalen Rechten in der Vorkrisenzeit – zu kulturell autoritären und wirtschaftspolitisch zentristischen oder gar linken Parteien. Trotz aller länderspezifischen Unterschiede und der Tatsache, dass die extremen Rechten ihre »eigentlichen Absichten« in der Wirtschaftspolitik grundsätzlich im Ungefähren lassen, ist die radikale Rechte von allen Parteigruppierungen diejenige, die am deutlichsten eine konsumptive Sozialpolitik (Enggist / Pingerra 2022) und ganz allgemein einen sozialen Protektionismus in den Vordergrund stellt.

Obwohl solche Überlegungen und die Bewertung des Aufschwungs der radikalen Rechten im krisengeschüttelten Griechenland einiges gemeinsam haben, bleibt doch festzuhalten, dass Parteien mit einer eindeutig faschistischen Ideologie, einem offen rassistischen, antikomunistischen Diskurs und paramilitärischen Organisationsstrukturen in Europa nach der Krise eine Randerscheinung geblieben sind. Aus drei zentralen Gründen nimmt die GM innerhalb der rechtsextremen Parteienfamilie ideologisch eine Sonderstellung ein: Erstens handelt es sich um eine Neonazi-Partei mit einem rassistischen, antisemitischen und antikomunistischen ideologischen Profil, deren inhärent gewalttätige Ausrichtung (Georgiadou 2013; Georgiadou / Kafe 2019) vermehrt zu kriminellen Aktivitäten und schließlich zu Haftstrafen führte (für einen historischen Überblick über die extreme Rechte in Griechenland siehe auch Georgiadou 2019). Zweitens – dies ist weniger spezifisch – pflegt die GM eine antiplutokratische Rhetorik und wendet sich gegen die neoliberalen Doktrinen, die hauptsächlich dem internationalen Finanzkapital zugeschrieben werden (Bithymitris / Spyridakis 2020; Bithymitris / Koustenis 2022). Drittens üfert die Polemik der radikalen Rechten gegen die Gewerkschaften normalerweise nicht zu physischen Angriffen aus, was bei der GM hingegen der Fall ist. Die mörderischen und gewalttätigen Ausschreitungen gegen Zuwanderer*innen und politische Gegner*innen haben dazu beigetragen, dass die Partei mit einer bestimmten Untergruppe des Rechtsextremismus identifiziert wird, die direkt aus den faschistischen Bewegungen im Europa der Zwischenkriegszeit hervorgegangen ist.

Übereinstimmend mit der Proletarisierungsthese zeigen neueste Studien über die soziale Zusammensetzung der parlamentarischen Eliten in Griechenland (Bithymitris, i. E.), dass in der Parlamentsfraktion der GM die Arbeiterschaft stark vertreten ist. Das unterscheidet sie sowohl von den früheren Parteieliten der

radikalen Rechten als auch von derjenigen Partei, die derzeit die extreme Rechte im Parlament vertritt (die Partei »Griechische Lösung«). Die Proletarisierung der radikalen Rechten in Griechenland zeigt sich nicht nur an der Parteiidentität, sondern lässt sich auch wahlanalytisch belegen. Im Vorfeld der Wahlen von 2012 hoben Wahlforscher*innen in der Fachliteratur hervor, dass die GM ihren Rückhalt überproportional stark bei den folgenden Gruppen sucht: bei Arbeitslosen, bei Wähler*innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die in besonderem Maße den Marktgegebenheiten ausgesetzt sind, wie etwa Selbstständige (Georgiadou 2013; Ellinas 2015; Ellinas 2013), sowie bei Personen, die sozial abgerutscht sind (Ellinas 2015). Um diese Studien zu untermauern, ziehen wir Ergebnisse aus zwei verschiedenen Datensätzen heran – einem landesweiten und einem lokalen Datensatz. Der erste Datensatz stammt aus einer landesweiten Umfrage, die 2017 im Rahmen des »World Values Survey (WVS) – 7. Erhebungsphase« durchgeführt wurde³; der zweite aus einer Umfrage, die kürzlich in Piräus und West-Attika durchgeführt wurde (Christodoulou et al. 2021).⁴

³ Die Griechenland-Umfrage im Rahmen des World Values Survey wurde von September bis Oktober 2017 durchgeführt. Die Stichprobe umfasste insgesamt 1.200 Befragte, die Interviews erfolgten telefonisch.

⁴ Die Erhebung wurde im November 2020 in zwei Regionen von Attika durchgeführt: Piräus und West-Attika. Die Gesamtstichprobe bestand aus 554 Befragten. Die Interviews erfolgten telefonisch.

Die Ergebnisse dieser beiden Erhebungen (s. Tab. 2) deuten darauf hin, dass die extreme Rechte Menschen anspricht, die sich selbst den einfachen Bevölkerungsgruppen (Arbeiterschaft und Unterschicht) zuordnen. Dabei ist zu beachten, dass im Vergleich zu anderen Kriterien der Klassenzugehörigkeit (z.B. das Einkommen) die Selbstzuordnung stärkere (negative) Auswirkungen auf komplexe affektive Erfahrungen hat. So haben aktuelle Untersuchungen in Griechenland gezeigt, dass Menschen, die sich selbst der Arbeiterschaft zuordnen, eher zu Ressentiments neigen, wobei Ressentiment hier verstanden wird als emotionale Reaktion eines Einzelnen auf die Erfahrung, dass ein Objekt, das er begehrt, für ihn unerreichbar ist oder ihm verweigert wird (Capelos / Demertzis 2022). Für die Frage der Wertebildung ist dies insofern äußerst folgenreich, als Ressentiments eine wichtige affektive Triebkraft rechtsextremer Politik sind.

Die Tatsache, dass die GM überproportional viele Unterstützer*innen in breiten Bevölkerungsschichten hat, sollte nicht deterministisch verstanden werden. Eine detailliertere Analyse der Frage, unter welchen Voraussetzungen die Arbeiterschaft für die radikale Rechte stimmt, würde den Rahmen dieser Studie sprengen, doch es gibt Anhaltspunkte dafür, dass dieses Wahlverhalten keineswegs homogen ist. Tabelle 3 zeigt, dass die Gewerkschaftsmitglieder seltener für die GM stimmen als die Nichtmitglieder.

Tabelle 2
Soziale Schicht (subjektive Einschätzung)

Manche Menschen bezeichnen sich selbst als Angehörige der Arbeiterklasse, der Mittelschicht, der Oberschicht oder der Unterschicht. Welcher Gruppe würden Sie sich selbst zuordnen?	WVS – Griechenland (2017)		Piräus – West-Attika (2020)	
	Für welche Partei würden Sie stimmen, wenn morgen Parlamentswahlen wären?		Für welche Partei haben Sie bei den Parlamentswahlen gestimmt? (Juli 2019)	
	Goldene Morgenröte N = 35	Gesamt N = 781	Goldene Morgenröte N = 10	Gesamt N = 554
Oberschicht	–	0,3 %	–	–
Obere Mittelschicht	5,7 %	9,9 %	–	24,9 %
Untere Mittelschicht	14,3 %	34,8 %	20,0 %	42,8 %
Arbeiterklasse	51,4 %	42,1 %	60,0 %	27,3 %
Unterschicht	28,6 %	12,9 %	10,0 %	2,9 %
DK / DA	–	–	10,0 %	2,2 %
Gesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

WVS: p-Wert = 0,000; Piräus-West-Attika: p-Wert = 0,049

Ethnografische Untersuchungen zeigen, dass die GM systematisch versucht, in den am meisten verunsicherten und mittellosen Bevölkerungsgruppen Fuß zu fassen. So beschreiben Koronaïou und Sakellariou (2013) exemplarisch zwei Methoden nationalistischer Gemeinschaftsbildung: (a) die »Gruppe für die arbeitslosen, schwer betroffenen Griechen«, die das Ziel hatte, über ein nationalistisches Netzwerk für die Arbeitsplatzsuche billige Arbeitskräfte bereitzustellen; und (b) die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln in vielen Landesteilen (einschließlich der Vororte von Piräus). Zudem konnten die neofaschistischen Gruppen vor allem in den Ballungsgebieten mit hohem Zuwandereranteil ihre Mission als »Beschützer« vor »durch Ausländer initiierte« Kriminalität erfolgreich kommunikativ vermitteln (Georgiadou / Rori 2014). Die Wahlgeografie der GM in Attika bietet dasselbe Bild: Bei jeder der fünf Parlamentswahlen zwischen

2012 und 2019 ist West-Attika (s. Tabelle 4) Hochburg der Partei und zugleich die Region mit dem markantesten sozioökonomischen Profil (s. Tabelle 5). Auch in den Vororten von Piräus, einem Gebiet mit ähnlichen sozioökonomischen Merkmalen (hohe Arbeitslosenquote, geringere Einkommen, geringerer Anteil hochqualifizierter Arbeitsplätze), hat die GM (zumindest vor dem Mord an dem linken Rapper Pavlos Fyssas) bemerkenswert gut abgeschnitten.

DIE SITUATION IN DEN UNTERNEHMEN

Das Erstarken der neofaschistischen Bewegung in den Arbeitervierteln ist für die Gewerkschaften Anlass zu großer Sorge. Abgesehen von ihrer offen antikommunistischen, rassistischen und nationalistischen Ideologie, knüpft die GM direkt an das nationalsozialisti-

Tabelle 3
Wahlverhalten und Gewerkschaftszugehörigkeit

Gewerkschaften – Können Sie mir sagen, ob Sie Mitglied einer solchen Organisation sind?	WVS – Griechenland (2017)		Piräus – West-Attika (2020)	
	Für welche Partei würden Sie stimmen, wenn morgen Parlamentswahlen wären?		Für welche Partei haben Sie bei den Parlamentswahlen gestimmt? (Juli 2019)	
	Goldene Morgenröte N = 34	Gesamt N = 803	Goldene Morgenröte N = 10	Gesamt N = 554
Nein	97,1 %	94,6 %	100,0 %	85,7 %
Ja (aktives / nicht aktives Mitglied)	2,9 %	5,4 %	–	13,0 %
DK/DA	–	–	–	1,3 %
Gesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

WVS: p-Wert = 0,000, Piräus-West-Attika: p-Wert = 0,000

Tabelle 4
Die Wahlgeografie der Goldenen Morgenröte in der Region Attika (in Prozent)

	Mai 2012	Juni 2012	Januar 2015	Sept. 2015	Juli 2019
Stadt Athen	8,8	7,8	7,1	6,9	3,1
Stadt Piräus	8,8	8,3	7,6	7,8	3,2
Nördliche Vororte	5,3	4,9	4,9	4,3	1,8
Südliche Vororte	6,3	5,8	5,4	5,1	2,2
Südöstliche Vororte	6,6	6,4	5,8	5,7	2,5
Westliches Athen	7,8	7,4	6,3	6,6	2,9
Vororte von Piräus	9,1	8,8	7,3	7,9	3,5
Ost-Attika	8,7	8,7	7,9	7,8	3,2
West-Attika	12,5	13,4	10,1	11,3	4,6
Insel Salamis	12,4	12,6	11,1	11,7	4,9
Andere Inseln	9,0	8,1	6,8	8,1	3,0
Region Attika	7,9	7,6	6,7	6,7	2,9

Quelle: Bithymitris / Koustenis (2022)

Tabelle 5

Soziale Differenzierung von Piräus, den Vororten von Piräus und West-Attika

		Region Attika	Piräus	Vororte von Piräus	West-Attika
Arbeitslosenquote 2011 (Prozent)		18,0	19,6	21,6	23,2
Durchschnittliches Jahreseinkommen 2011 (in Euro)		24.082	22.071	19.125	18.746
Immobilienwerte 2007 (in Euro/m ²)		1.400	1.450	950	750
Bildungsniveau	Bildungsniveau bis Grundschule (%)	32,3	31,4	38,4	46,9
	Sekundarstufe/tertiärer Bereich (%)	45,6	49,7	49,1	43,4
	Universität oder höhere Abschlüsse (%)	22,2	18,9	12,5	9,7
Berufliches Qualifikationsniveau	Hochqualifizierte Berufe (%)	27,8	23,3	17,4	14,1
	Mittelqualifizierte Berufe (%)	44,6	49,9	49,1	39,3
	Gering qualifizierte Berufe	27,6	26,8	33,4	46,6

Source Quelle: Christodoulou et al. (2022)

sche Erbe der Gewerkschaftsfeindlichkeit der Zwischenkriegszeit an, während ihre paramilitärische Struktur gewalttätigen Übergriffen auf Migrant*innen und andere vermeintliche Gegner*innen Vorschub leistet. Nicht zu übersehen sind auch ihre opportunistische Bezugnahme auf Arbeitskämpfe wie den neunmonatigen Streik (November 2011–Juli 2012) im griechischen Stahlunternehmen »Hellenic Halyvourgia« (Bithymitris 2016), ihre ablehnende Haltung gegenüber der offiziellen Gewerkschaftsorganisation, die die Führungsspitze der GM abwertend im Sinne eines kompromisslosen Paternalismus »*Ergatopateres*« nennt, sowie die aggressiven Aktionen gegen militante Gewerkschaften.⁵ In den sieben Jahren, in de-

nen die Partei im Parlament vertreten ist, attackierte die GM mehrfach Gewerkschaften und Gewerkschafter*innen mit Hassreden, aber auch mit juristischen Mitteln: 2017 strengte die Partei beispielsweise eine Klage gegen die Gewerkschaften des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an. Ebenso offenkundig ist die systematische Unterstützung, die die Fraktion der GM Industriellen und Reedern im Zeitraum von 2012 bis 2019 angeboten hat. Die folgenden Worte eines Abgeordneten der Partei im Parlament im August 2015 sind hierfür bezeichnend:

Wir als Goldene Morgenröte, als eine Volksbewegung, glauben nicht an den Klassenkampf. Wir glauben, dass alle Ebenen des Wirtschaftslebens das Volk sind – Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es müssen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, ihre Gewinne zu investieren und Mitarbeiter einzustellen.

Rizospastis 2015

Nicht zufällig hat die GM sich selbst zum Garanten des sozialen Friedens in den Perama-Werften ernannt, die aus strategischen Gründen als Bastion für die nationa-

⁵ Die Parteistatuten lehnen sich ausdrücklich an den ideologischen Angriff des Dritten Reichs auf die Bourgeoisie und die organisierte Arbeiterschaft an: »Die wenigen, die ihre organische Beziehung zum Volk aufgegeben haben, sind die Mitglieder der »plutokratischen Oligarchie« mit ihrem Kosmopolitismus und die Mitglieder der Führungsgruppen der »bol-schewistischen Partei-Oligarchie« mit ihrem Internationalismus. Die Oligarchien des Geldes und der Parteityrannei sind ein und dasselbe. Feinde der Nation und des Volkes« (Goldene Morgenröte 2018). In anderen offiziellen Parteidokumenten kommen zu dieser zweifachen Polemik noch antisemitische Äußerungen hinzu (Bithymitris / Koustenis 2022).

listische Einmischung in die organisierte Arbeiterschaft ausgewählt wurde. Trotz ihrer antikapitalistischen Rhetorik mahnt die extreme Rechte seit jeher die Klassenhierarchien an, an die sich die Arbeiter*innen halten sollten. Besonders deutlich kam dies im September 2013, wenige Tage vor dem Angriff auf die kommunistische Führung der örtlichen Gewerkschaft, in der bezeichnenden Äußerung eines Aktivisten der GM zum Ausdruck (der zugleich Vorarbeiter in einer örtlichen Werft war):

Die Löhne, die wir vor 2 oder 3 Jahren bekamen, waren angesichts der Krise schlicht und einfach zu hoch. Wir könnten sie von uns aus senken und den griechischen Reedern versichern, dass wir die ganzen Streiks, die seit so vielen Jahren passieren, beenden werden, wenn sie ihre Schiffe hierherbringen.

Jail Golden Dawn 2015

Diese Aussage wurde von der GM auf lokaler Ebene noch weiter verbreitet, um zu beweisen, wie vernünftig es für die Arbeitnehmer*innen wäre, sich dem rechtsextremen Berufsnetzwerk anzuschließen. Nachdem ihr Versuch, eine neue Gewerkschaft zu gründen, gescheitert war und die Parteiorganisationen nach der Verurteilung der GM als kriminelle Vereinigung im Oktober 2020 aufgelöst wurden, setzen ehemalige Mitglieder und Aktivist*innen ihre gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten individuell als Mitarbeiter*innen (Vorarbeiter*innen, Leibwächter oder Schläger*innen) des Großkapitals fort. Die jüngsten Morddrohungen gegen den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Hafenarbeiter*innen, Markos Bekris, und die Gründung einer »gelben« Gewerkschaft unter der Schirmherrschaft der Auftragnehmer von COSCO (China Ocean Shipping Company) zeigen deutlich, dass die rechtsextreme Gefahr für die Arbeiterbewegung keineswegs gebannt ist (Newmoney 2022). Griechische Gewerkschafter*innen und Akademiker*innen sind zudem skeptisch, ob die nationalistische Politik mit Blick auf die öffentliche Ordnung, aber auch mit Blick auf die anhaltende Ausgrenzung von Migrant*innen und Geflüchteten tatsächlich in Schach gehalten werden konnte oder ob sie in den großen Gewerkschaftsorganisationen verankert ist, insbesondere in denen, deren Führung mit der derzeitigen konservativen Regierung der ND verbandelt ist. Die Inklusionsfähigkeit einer Gewerkschaftsbewegung, deren typische Gewerkschaftsmitglieder – allen voran der Gewerkschaftsführer*innen – festangestellte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind, einem speziellen Sozialversicherungssystem angehören und überwiegend männlich, mittleren Alters und ausschließlich griechisch sind (Matsaganis 2013: 29), darf zumindest bezweifelt werden (siehe auch Karakioulafi et al. 2020; Papanikolopoulos et al. 2018).

Tabelle 6 gibt einen Überblick über die schwersten Angriffe der extremen Rechten gegen die Arbeiterschaft und die organisierte Arbeiterschaft in den letzten zehn Jahren. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber sie erfasst alle arbeiterfeindlichen Aktivitäten der GM, die während des Prozesses dokumentiert wurden. Wir haben auch einige Fälle nationalistischer gewerkschafts- oder arbeitnehmerfeindlicher Aktivitäten mit aufgenommen, die die ausführlichen Schilderungen der kriminellen Machenschaften ergänzen, wie sie während des Prozesses der GM vorgetragen wurden. Neben einer kurzen Beschreibung und dem Zeitrahmen haben wir die Fälle nach Art der Aktivität kategorisiert und die wichtigsten Folgen der dokumentierten Aktionen hervorgehoben. Wenn wir uns auf große Gewerkschaften beziehen, meinen wir GSEE, ADEDY und PAME (*Panergatiko Agonistiko Metopo*, kommunistische militante Arbeiterfront). Der Einfachheit halber sprechen wir, wenn von KKE und SYRIZA die Rede ist, von Linksparteien.

PROBLEMWAHRNEHMUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Obwohl gewerkschaftsinterne Angelegenheiten, politische Prozesse und sozioökonomische Veränderungen nicht isoliert voneinander betrachtet werden sollten, ist doch jede Analyseebene für sich genommen aufschlussreich. Wenn wir in unserer Analyse nun den Blick auf die Reaktionen der Gewerkschaften richten, sollten wir uns vor Augen halten, dass trotz des konfliktgeladenen Charakters der Gewerkschaftspolitik in Griechenland – die Auseinandersetzungen fanden in den Jahren von 2019 bis 2021 ihren Höhepunkt, als der Gewerkschaftsverband GSEE seine Tätigkeit praktisch einstellte – sich alle konkurrierenden Fraktionen entschieden gegen den Neofaschismus positionierten, auch wenn es hier Unterschiede gab, was Effizienz und proaktives Verhalten anging.

Allerdings muss gesagt werden, dass die offiziellen Gewerkschaften, insbesondere der GSEE, bis zur Eskalation der rechtsextremen Gewalt im Jahr 2013 (s. Tabelle 6) den ersten beunruhigenden Anzeichen der neofaschistischen Welle kaum Beachtung schenkten. Selbst militante Gewerkschaften wie die Stahlarbeitergewerkschaft von »Hellenic Halyvourgia« (Bithymitris 2016) reagierten erst mit einiger Verzögerung auf die Spaltungstaktik der GM im Zusammenhang mit dem symbolträchtigen neunmonatigen Streik der Stahlwerker*innen. Die ersten rassistisch motivierten tödlichen Angriffe auf Arbeitsmigrant*innen zwischen 2011 und 2013 haben das Bewusstsein der Gewerkschafter*innen geschärft, allerdings vor allem bei linken und kleinen Gewerkschaftskollektiven und

Tabelle 6

Soziale Differenzierung von Piräus, den Vororten von Piräus und West-Attika (2011–2022)

Kurzbeschreibung	Jahr	Aktion	Folgen
Streikbrecheraktivitäten im Betrieb von Hellenic Halyvourgia in Volos (Bithymitris 2016).	2011	– Ziehung von Grenzlinien zwischen Mitarbeiter*innen zweier verschiedener Betriebe – Streikbrecherkampagne	Das Scheitern des neunmonatigen Streiks wurde unter anderem auf die Spaltungspraktiken der GM zurückgeführt. Am Ende hat die GM sich selbst als Teil der breiteren Anti-Austeritätsbewegung bezeichnet, die die Streikenden unterstützt hat.
Faschistische Gewerkschafter*innen der Busfahrgewerkschaft provozieren die Polizeikräfte vor dem Parlament während des 48-Stunden-Streiks im Juni 2011 (Hekimoglou 2013).	2011	– Provokative Anti-Streik-Aktion	Die massive Gewalt im Zusammenhang mit der faschistischen Provokation führte zum Tod des Gewerkschafters Dimitris Kotzaridis (53), Mitglied der kommunistisch geführten Gewerkschaft der Bauarbeiter*innen.
Ermordung von Alim Abdul Manan, Arbeiter aus Bangladesch (21) in Kato Patisia, Athen (Politi, 2021).	2011	– Rassistisch motivierter Mord	Antifaschistische Kampagne kleiner linker Gewerkschaften wie der Panhellenischen Vereinigung der Wissenschaftler*innen und Techniker*innen
Griechische Arbeitsagentur (OAED): Arbeitsvermittlung für in Schwierigkeiten geratene Griech*innen. Laut Ankündigung der GM kann sich jede*r arbeitslose*r Grieche*in oder jede*r Arbeitgeber*in, der/die Griech*innen einstellen möchte, an ein örtliches Büro der Partei wenden, um sich in die entsprechenden Listen für die Arbeitsuche einzutragen (Proto Thema, 2012).	2012	– Diskriminierende Maßnahmen – Lohndumping	In zwei Fällen ergaben Überprüfungen durch staatliche Stellen, dass es sich hier um eine Scheinfirma handelte, die hauptsächlich der Propaganda der Partei diene und über informelle Netzwerke eine begrenzte Anzahl von schlecht bezahlten Arbeitsplätzen anbot.
Überfall auf einen ägyptischen Arbeiter und Folter durch seinen faschistischen Arbeitgeber in Salamis. Der Arbeiter hatte zuvor seinen nicht gezahlten Lohn eingefordert (CNN 2016).	2012	– Rassistischer Übergriff – Gewalt durch den Arbeitgeber – Überfall auf Gewerkschaftsaktivist*innen und Antirassist*innen im Arbeitszentrum fünf Jahre später	Vier Faschisten wurden 2016 verurteilt. Das Arbeitszentrum Salamis und antirassistische Organisationen demonstrierten öffentlich gegen rechtsextremen Terror.
Physischer Angriff auf drei pakistanische Bauarbeiter in Ierapetra, Kreta (Dionelis, 2020).	2013	– Rassistischer Übergriff	Fünf Faschisten wurden 2014 verurteilt.
Schüsse auf Migrant*innen auf den Erdbeerfeldern von Manolada, begangen von Vorarbeiter*innen. Die Arbeiter*innen hatten zuvor ihren nicht erhaltenen Lohn eingefordert (Vithoulkas 2013)	2013	– Rassistische Übergriffe – Schwere Formen der Ausbeutung – Menschenhandel	28 verletzte Arbeiter*innen wurden in ein Krankenhaus gebracht. Linke Parteien, KEERFA (Bewegung »Gemeinsam gegen Rassismus und die faschistische Bedrohung«) und große Gewerkschaften haben den Fall publik gemacht. Laut einer von der EU in Auftrag gegebenen Studie wurde Manolada als außergewöhnlicher Fall schwerer Formen der Arbeitsausbeutung dokumentiert (Chrysochoou 2014).
Nationalistische Kampagne einer rechtsextremen Fraktion der Busfahrgewerkschaft und ideologischer Angriff gegen die Gewerkschaft (Hekimoglou 2013).	2013	– Gewerkschaftsfeindlichkeit	Die Gewerkschaft blockierte den Besuch von Abgeordneten der GM in den Betrieben. Der Busverkehr und die Taxidienste sind die einzigen Berufssparten, in denen die GM in irgendeiner Form gewerkschaftlich organisiert ist.
Beinahe tödlicher Angriff auf ägyptische Fischer*innen in Neo Ikonio, Perama (Pliakos 2017).	2013	– Gewalt gegen Migrant*innen	Dies war das erste große Schockereignis in der Region. Danach eskalierte die faschistische Gewalt.

Ermordung des aus Pakistan stammenden Arbeiters Shehzad Luqman (27) in Petralona, Athen (Demetis 2020)	2013	– Rassistisch motivierter Mord	Antifaschistische Gedenkveranstaltungen, organisiert von der pakistanischen Gemeinschaft, kleinen linken Gewerkschaften und der KEERFA (Bewegung »Gemeinsam gegen Rassismus und die faschistische Bedrohung«)
Beinahe tödlicher Angriff auf den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft von Piräus, Gewerkschafter*innen und Mitglieder der KKE im Vorort Perama (Rizospastis 2013).	2013	– Antikommunistischer Übergriff – Gewerkschaftsfeindlichkeit	Nach dem Anschlag und insbesondere nach der Ermordung von P. Fyssas erstickte eine breite antifaschistische Koalition (unter Führung der Metallarbeitergewerkschaft) jede faschistische Initiative im Keim. Es gelang nicht, in die organisierte Arbeiterschaft der Vororte von Piräus einzudringen.
Ermordung des linken Rappers Pavlos Fyssas (34), Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft von Piräus (Mandora 2022).	2013	– Politisch motivierter Mord	Antifaschistische Kampagnen, Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen von antirassistischen Organisationen und einer Vielzahl von Gewerkschaften (große Gewerkschaften und lokale Gewerkschaften)
Gründung der nationalistischen Gewerkschaft im Reparaturwerftenbezirk Perama (Tsimitakis 2015).	2015	– Spaltungspraktiken gegen bestehende Gewerkschaften – Lohndumping	Die nationalistische Gewerkschaft war nie voll funktionsfähig und zerfiel bald wieder. Sie diente hauptsächlich der Propaganda der Partei. Nur ein kleiner Teil der Arbeitgeber*innen erkannte sie an, allerdings ohne jegliche institutionelle Konsequenzen.
Die GM organisiert einen Kongress für nationalistische Gewerkschaften mehrerer Berufsgruppen (Reparaturwerftarbeiter*innen, Landwirt*innen, Taxifahrer*innen, Rechtsanwält*innen, Ärzt*innen, Kaufleute, Elektriker*innen, Rentner*innen) (JailGoldenDawn 2017).	2016	– Spaltungsaktionen gegen bestehende Gewerkschaften	Wie viele andere faschistisch geführte Gewerkschaftsaktionen diente der Kongress im Wesentlichen Propagandazwecken. ADEDY und andere kleinere Gewerkschaften protestierten offensiv gegen diese Initiative.
Die GM reicht Klage gegen die Gewerkschaften des öffentlichen Rundfunks ein (The Press Project 2017).	2017	– Gewerkschaftsfeindlichkeit	Die Gewerkschaft stellte das »Recht auf Hassreden« offen infrage, indem sie die Ausstrahlung der Reden und öffentlichen Beiträge der Führungsspitze der GM blockierte.
Körperlicher Angriff und Drohungen gegen den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Hafenarbeiter*innen im Hafen von Piräus (Newmoney 2022).	2018	– Gewerkschaftsfeindlichkeit	Nach dem erfolgreichen Arbeitskampf der Gewerkschaft wurde die Gewerkschaftsführung zur Zielscheibe von Drohungen und Angriffen durch Vorarbeiter*innen, Leibwächter*innen und bewaffnete Banden. KKE und PAME bekundeten ihre Solidarität.
15 Hütten in der Arbeitsmigrant*innen-Siedlung in Manolada werden durch ein Feuer zerstört. Die Ursachen sind nicht eindeutig geklärt, obwohl die Lebensbedingungen in den selbstgebauten Hütten zur Ausbreitung des Feuers beigetragen haben (eKathimerini 2018).	2018	– Schwere Form von Ausbeutung	PAME und KKE stellen Ressourcen bereit, und mit den Migrant*innen wird Kontakt aufgenommen. 2022 wurde vor Ort ein gemeinsames Fest organisiert.
Körperlicher Angriff auf den bangladeschischen Landarbeiter Odin Bilal durch seinen Arbeitgeber in Vartholomio, Peloponnes. Der Arbeiter hatte zuvor seinen ihm nicht ausgezahlten Lohn eingefordert (Kalafatis 2020).	2020	– Gewalt durch den Arbeitgeber – Rassistischer Übergriff	Sensibilisierungskampagne von KEERFA, Linksparteien und anderen linken Organisationen.

Source Quelle: Christodoulou et al. (2022)

-verbänden mit begrenzten Mobilisierungsmöglichkeiten. Die Spitzengewerkschaften haben sich erst nach dem beinahe tödlichen Angriff auf die Gewerkschafter*innen der Reparaturwerften von Perama im September 2013 mit ganzer Kraft in den Kampf gegen Rechts eingeschaltet. Die GM führte die meisten ihrer gewalttätigen Aktionen zwischen 2011 und 2013 durch (Kafe et al. 2018).

Es war die Ermordung des linken jungen Rappers Pavlos Fyssas (34) – er gehörte der Metallarbeitergewerkschaft von Piräus an –, die schließlich zum strategischen Schulterchluss zwischen antirassistischen Organisationen, Anwält*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen, politischen Parteien, militanten Gewerkschaften, Arbeitskollektiven und den großen Gewerkschaften des privaten und öffentlichen Sektors führte. Ohne die vielen antifaschistischen landesweiten und lokalen Veranstaltungen, die von dieser Ad-hoc-Koalition organisiert wurden, ohne die Bereitschaft vieler Gewerkschafter*innen und ohne die juristische Unterstützung ihrer Organisationen hätte der Terror der Todesschwadronen der GM in den Arbeitervierteln und Betrieben von Piräus und darüber hinaus noch verheerendere Folgen haben können. Vor allem aber hätte sich die ohnehin schon späte Reaktion des Staates auf die eskalierende rechtsextreme Gewalt angesichts der einschlägigen Beziehungen einiger Parteimitglieder zu den Polizeikräften wahrscheinlich noch weiter verzögert.

Es steht außer Frage, dass das Krisenjahrzehnt die griechische Gewerkschaftsbewegung aus den bereits erwähnten Gründen in eine existenzielle Bedrohungslage gebracht hat. Eines haben die meisten Gewerkschafter*innen von Beginn der Krise an nicht erkannt: Die extreme Rechte war nicht nur eine plebiszitäre, archaische und spontane Reaktion der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen Griechenlands, sondern sie bot auch den Arbeitgeber*innen eine ideale Gelegenheit, die Arbeitnehmer*innen durch Zwang gefügig zu machen. Die Führungsspitze der GM war besessen von der Idee, die Schwerindustrie von Piräus (sei es die Hafen- oder Schiffsbauindustrie) zu »schützen« – hierin spiegelten sich auch die Fantasien von der Einnahme der »roten Festungen« wider, die den Nazis im Zweiten Weltkrieg große Verluste beigebracht hatten (z. B. Kokkinia). Sie ist Teil der Strategie, auf den Ruinen des demokratischen Gewerkschaftswesens den autoritären Korporatismus wiederaufleben zu lassen. Die historischen Erfahrungen aus dem Faschismus der Zwischenkriegszeit lehren, dass die militanten Gewerkschaften zuerst ins Visier genommen werden und dann alle weiteren Ziele folgen. Dass einige Arbeitgeber*innen auf den Perama-Werften und anderswo bereit waren (darin einge-

schlossen die COSCO-Vertragspartner mit ihren Verbindungen zu rechten Aktivist*innen), der extremen Rechten entgegenzukommen und die Verhandlungen mit Gewerkschaften auf ein Minimum zu reduzieren, ist die andere Seite eines lang ersehnten autoritären Korporatismus. Dieser hat sich zwar nicht durchgesetzt, steht aber noch immer im Raum.

Abgesehen von dem Versuch der extremen Rechten, die Branche der Reparaturwerften zu vereinnahmen, indem sie sich als Vermittler zwischen den Tausenden von unterbeschäftigten Arbeiter*innen in Perama und den Reeder*innen aufspielt, sollte nicht übersehen werden, dass es im ländlichen Raum noch mehr entwurzelte Arbeitskräfte (Migrant*innen ohne Papiere) gibt, deren Arbeitgeber*innen sie nicht gerne in einer Gewerkschaft sehen. Nicht zufällig werden Migrant*innen in den ländlichen Gebieten, die von jeglicher gewerkschaftlichen Vertretung abgeschnitten sind, schwer ausgebeutet (Chrysochoou et al. 2014).

GEWERKSCHAFTLICHE HANDLUNGSFELDER UND ERFAHRUNGEN

Es lässt sich nicht behaupten, dass den großen Gewerkschaften die Probleme der Migrantengemeinschaften, die entweder auf Überausbeutung durch die Arbeitgeber*innen oder auf rechtsextreme Praktiken zurückzuführen sind, überhaupt nicht auffallen würden. Die Migration ist ein zentrales Thema des größten Gewerkschaftsverbandes der zweiten Ebene, des Arbeitnehmerzentrums von Athen (EKA, *Ergatikó Kéntró Athínas*). Im Mai 2006 wurde in Zusammenarbeit mit dem GSEE-Institut für Arbeit (INE-GSEE) der »Migrant Point EKA« eingerichtet, der Migrant*innen und Geflüchteten den gleichberechtigten Zugang zu Arbeits- und Sozialrechten ermöglichen soll. Bei den Begünstigten kann es sich um Einzelpersonen oder Gruppen handeln, die Arbeitsmarktinformationen, Beratung, stärkende Unterstützung oder Rechtsberatung gegen Diskriminierung oder andere Probleme am Arbeitsplatz benötigen. In einigen Fällen nehmen die Migrantengemeinschaften mit der Organisation Kontakt auf und bitten um Beratung. Das gewerkschaftliche Netzwerk wurde nicht nur vom INE-GSEE, sondern auch vom »Union Migrant Net« unterstützt, einer Initiative von EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) und ECTUN (European Capitals Trade Union Network) (Bithymitris 2021a).

PAME hat ein spezielles Sekretariat als Anlaufstelle für Geflüchtete und Migrant*innen eingerichtet, um deren gewerkschaftliche Organisation zu erleichtern – so werden zum Beispiel die meisten Verlautbarungen der Gewerkschaft in mehreren Sprachen veröffent-

licht). Die großen Gewerkschaften sind sich des Problems bewusst, dass insbesondere in den ländlichen Gebieten weniger organisierte Arbeitnehmer*innen immer wieder Opfer von Gewalt werden. Der GSEE hat Unterstützungsangebote für Arbeitsmigrant*innen in der Landwirtschaft geschaffen (z. B. Rechtsberatung durch KEPEA, das Informationszentrum für Beschäftigte und Arbeitslose). PAME engagiert sich nach dem Vorfall in Manolada – demjenigen Fall von rassistischer Gewalt von Arbeitgeberseite, der die meisten Schlagzeilen machte – in der Sensibilisierung für diese Problematik. Im Juli 2022 koordinierte das Sekretariat von PAME die Aktionen von drei lokalen Gewerkschaften und des Koordinierungsausschusses der Landarbeiter*innen von Manolada, die gemeinsam mit Hunderten von Arbeitsmigrant*innen ein Fest veranstaltet haben, das ein voller Erfolg war.

Solche Aktionen sind hilfreich, aber die Allianz von ausbeuterischen Firmenchefs und der örtlichen Polizei schmälert deren Wirkung. Es braucht mehr Initiativen auf kommunaler Ebene; der GSEE nimmt diese Aufgabe nicht ausreichend wahr. Nötig sind auch Sensibilisierungsmaßnahmen auf EU-Ebene. So sollten zum Beispiel die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und andere internationale Einrichtungen im Bereich der Menschenrechte eingebunden werden. Zudem sollten sich internationale Gewerkschaftsgremien unter der Leitung der nationalen und lokalen Gewerkschaften aktiver engagieren – die gemeinsame Intervention von PAME und dem Weltgewerkschaftsbund WGB in Manolada ist ein gutes Beispiel für solche global-lokalen Maßnahmen. Die Internationalisierung des Problems könnte Angriffe gegen Arbeitnehmer*innen – seien es körperliche Übergriffe, Lohndumping oder schwere Formen der Ausbeutung – für die Täter*innen erheblich risikoreicher machen, insbesondere wenn sie mit gemeinsamen Interventionen vor Ort gekoppelt wird. Nach der Inhaftierung der Führungsspitze der GM ist die Zahl der organisierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder offen gewerkschaftsfeindlichen Aktionen zwar zurückgegangen, aber die Verbreitung solcher Praktiken über informelle Netzwerke sowie darüber hinaus die Mobilisierung »gelber« Gewerkschaften sind eine Bedrohung für die Arbeiterschaft. Auf den Fall der Hafenarbeiter*innen haben wir bereits hingewiesen; es gibt mindestens einen weiteren gravierenden Fall »gelber« Gewerkschaftspolitik, der sich unter den Beschäftigten der privaten Sicherheitsdienste anbahnt und der von GSEE und PAME bislang in Schach gehalten werden konnte (Kathimerini 2013).

Grundsätzlich sollten die gegnerischen Fraktionen von GSEE und ADEDY intensiv thematisieren, dass es der GM nicht gelungen ist, innerhalb der bestehenden

Gewerkschaften eigene tragfähige Organisationsstrukturen aufzubauen oder neue nationalistische Gewerkschaften nach dem Vorbild der offiziellen (national gesinnten) *ethnikofron*-Gewerkschaftsbewegung nach dem Bürgerkrieg zu gründen. Das ist eine positive Erfahrung, die alles andere als selbstverständlich ist. Für die Faschist*innen waren eigentlich alle Voraussetzungen gegeben, sich der griechischen Arbeiterklasse zu bemächtigen: die Empörung der breiten Bevölkerung über die Unfähigkeit des politischen Systems, auf die schwerste Wirtschaftskrise außerhalb von Kriegszeiten zu reagieren (der Vertrauensverlust gegenüber Parteien und Gewerkschaften in Griechenland ist durch zahlreiche Umfragen belegt); die Empörung über die globalen und europäischen neoliberalen Kräfte, die die Situation seit Beginn der griechischen Krise verschärft haben; die Prekarisierung der Lebensverhältnisse der Arbeiter*innen; ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit, insbesondere in den am meisten benachteiligten Gebieten des Landes, die auch am stärksten von Arbeitsmigrant*innen besiedelt sind; die institutionelle Aushöhlung der Tarifautonomie, gekoppelt mit einer beispiellosen Beschneidung der Ressourcen der Gewerkschaften; der weitere Abbau des Wohlfahrtsstaates; die engen Verbindungen zwischen der GM und der Polizei sowie die Perspektive, dass auch künftig das Großkapital in den Ballungsräumen und die kleineren Arbeitgeber*innen auf dem Land Hand in Hand arbeiten werden. Und dennoch sind die Faschist*innen gescheitert.

Wären die Fraktionen der Sozialisten, der Konservativen, der Kommunisten und der Radikalen Linken toleranter gegenüber rechtsextremen Bestrebungen innerhalb der organisierten Arbeiterschaft, so hätte die GM wahrscheinlich genug Spielraum, um innerhalb der bestehenden Gewerkschaften tätig zu werden und die Früchte ihres beachtlichen Wahlerfolges der Jahre 2012 bis 2015 zu nutzen. Dass die Partei 2013 die Gewalt eskalieren ließ, insbesondere in den neuralgischen Vorortvierteln von Piräus, ist nicht zu trennen von der Tatsache, dass sie es nicht geschafft hat, eine Bindung zur angestammten Arbeiterschaft aufzubauen und sie für eine gewerkschaftsfeindliche, antikomunistische und ausgrenzende Haltung zu gewinnen. Dies wäre ohne die gezielte Einflussnahme der Gewerkschaften auf die lokale Arbeiterschaft nicht denkbar. Sowohl die gewerkschaftlichen Initiativen als auch der konsequente Antirassismus der KEERFA (Bewegung gegen Rassismus und die faschistische Bedrohung) und anderer antirassistischer Organisationen spielten eine entscheidende Rolle, als es darum ging, die kriminellen Aktionen der GM aufzudecken. Im nächsten und letzten Abschnitt werden nun einige Vorschläge für eine gemeinwohlorientierte Gewerkschaftsarbeit formuliert.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Wie bereits erwähnt, waren die griechischen Gewerkschaften in den vergangenen zehn Jahren mehrfach existenziell bedroht. Die Wirtschaftskrise mit ihren weitreichenden sozialen Auswirkungen, die Sparpolitik, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Aushöhlung der Tarifautonomie wurden von zahlreichen Wissenschaftler*innen und anderen Expert*innen eingehend diskutiert. Weniger Beachtung fand die Frage, wie die Gewerkschaften auf den beunruhigenden Aufstieg der extremen Rechten im krisengeschüttelten Griechenland reagiert haben. Die GM wurde zu einer kriminellen Vereinigung erklärt und ihre Anführer*innen inhaftiert, aber weder haben sich die Ursachen für fremden-, einwanderungs- und gewerkschaftsfeindliche Aktionen erledigt, noch sind die handelnden Personen von der Bildfläche verschwunden. Die zuwanderungsfeindliche Stimmung ist in der griechischen Gesellschaft (wenngleich abgeschwächt) nach wie vor spürbar; weiterhin werden schwere Formen der Ausbeutung von Arbeitskräften aktenkundig (der GSEE hat bei der Aufdeckung unfairer Arbeitgeberpraktiken während der Corona-Pandemie gute Arbeit geleistet; siehe Bithymitris 2021a: 5), und die »gelbe« Gewerkschaftsbewegung droht die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen zu verdrängen. Umso mehr sehen die führenden Gewerkschaften sich nach wie vor mit immensen Vertretungsdefiziten konfrontiert.

Obwohl die griechischen Gewerkschaften eine klare antifaschistische Linie verfolgen und die Spaltungsversuche des Nationalismus abwehren, wurden die positiven Erfahrungen aus der Bekämpfung der GM an der Basis bislang nicht weitervermittelt. Fast zehn Jahre nach dem beinahe tödlichen Angriff auf Gewerkschafter*innen und der Ermordung von Pavlos Fyssas durch die Todesschwadronen der GM scheuen die großen Gewerkschaftsverbände noch immer davor zurück, sich mit den Ursachen für die faschistischen Angriffe in den Vororten von Piräus und mit den Voraussetzungen für die mögliche Abwehr dieser Angriffe auseinanderzusetzen. Die Kommunikationskanäle zwischen den Gewerkschaften und den antirassistischen Akteuren, den BAME-Vertreter*innen und den progressiven Jugendgruppen, die die kriminellen Ziele der GM schon frühzeitig entlarvt haben, müssen neu aufgebaut und verbessert werden. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Ermordung von Fyssas könnte eine Konferenz – veranstaltet von den großen Gewerkschaften der GSEE wie den Arbeitnehmerzentren von Athen und Piräus gemeinsam mit den PAME-Gewerkschaften, den antirassistischen Organisationen, ethnischen Gemeinschaften, Rechtsextremismusforscher*innen und Journalist*innen – ein

Zeichen setzen und eine Erkenntnis bestätigen, die sich implizit schon durchgesetzt hat: Ideologische Auseinandersetzungen sind zwar mit Blick auf eine Wiederbelebung nötig, aber sie dürfen die Gewerkschaften nicht daran hindern, sich mit der extremen Rechten auseinanderzusetzen – und zwar sowohl mit ihren typischen Formen (partei- und gewerkschaftsorganisierte Präsenz) als auch mit ihren inoffiziellen, untypischen Erscheinungsformen.

Nationalist*innen werden weiterhin gezielt die Arbeiterschicht und insbesondere ihre am stärksten benachteiligten und prekären Teilgruppen ins Visier nehmen. Gemeinwohlorientierte Gewerkschaftsarbeit kann zum einen die Solidarität und den gewerkschaftlichen Internationalismus fördern und zum anderen einen gewissen Schutz für die schwächsten Mitglieder der Arbeiterschicht bieten. Solidaritätskulturen sollten wiederbelebt werden unter tätiger Mitwirkung von Arbeitnehmer*innen, deren Klassenstatus relativ abgesichert ist, die aber Gründe haben, sich zwischen dem Prekariat und der wohlhabenden, gebildeten Mittelschicht zu verorten. In diesem Sinne sollte dem Gefühl der Unsicherheit – auch in den weniger besitzlosen Teilen der Arbeiterschicht – durch gemeinsame Initiativen entgegengewirkt werden, um das Sozialsystem des Landes wiederherzustellen.

Die extreme Rechte hat den Zusammenbruch der Sozialsysteme im krisengeschüttelten Griechenland ausgenutzt und den verarmten Stadtvierteln die eine oder andere oberflächliche, propagandistisch motivierte und ausgrenzende, aber konkret greifbare Dienstleistung geboten. Die Gewerkschaften sollten die substanzielle Verbesserung des Wohlfahrtsstaates (das öffentliche Gesundheitssystem ist derzeit erneut unter Beschuss), die Verringerung der wieder zunehmenden Einkommensunterschiede und vor allem die Förderung der beruflichen Bildung ganz oben auf ihre Agenda setzen: Die Dauerdiskussionen über die chronischen Defizite des Berufsbildungssystems in Bezug auf die Bedürfnisse derjenigen, die sich eine höhere Bildung nicht leisten können (Nektarios et al. 2022), zeigen in aller Deutlichkeit, dass die Jugendlichen aus der Arbeiterschicht im Stich gelassen werden. Diese Jugendlichen haben viele Gründe, verärgert zu sein, und die Gewerkschaften sollten mehr tun, um sie zu unterstützen; andernfalls wird der Rechtspopulismus dies übernehmen.

Auch die Erfahrungen der Metallarbeitergewerkschaft von Piräus sind diesbezüglich aussagekräftig. Erfolgreiche Berufsbildungsinitiativen und das Engagement für die Tarifbindung, die Unterstützung von Arbeitslosen und antifaschistische Basisaktionen haben dafür gesorgt, dass die GM weniger Mög-

lichkeiten hatte, angestammte Gewerkschaftsaufgaben zu übernehmen. Unter der Schirmherrschaft der Gewerkschaftsverbände sollten die lokalen Gewerkschaften aus diesen Erfahrungen lernen und – ausgehend von einer Bedarfsanalyse – Kampagnen in den Vierteln organisieren, in denen ihre tatsächlichen und potenziellen Mitglieder leben. Angesichts der zunehmenden Energiearmut könnte der Nationalismus versuchen, die Verzweiflung armer Menschen insbesondere in Nordgriechenland auszunutzen.

Nicht alle Arbeitgeber*innen sind für migrantenfeindliche Einstellungen empfänglich. Gewerkschaften in ländlichen Gebieten sollten gemeinsam Kommunikationswege mit Arbeitgeber- und Landwirtschaftsverbänden erschließen, um die Integration von Migrant*innen zu fördern und dafür zu sorgen, dass Ausgrenzung und schwere Formen der Ausbeutung stigmatisiert werden. Die Gewerkschaften sollten nicht aus dem Blick verlieren, dass es seit den 1990er-Jahren von Arbeitgeber*innen gesteuerte fremdenfeindliche Übergriffe auf Migrant*innen gibt (Kafe et al. 2018). Es braucht also umfassendere und nachhaltige Synergien, um die am stärksten gefährdeten Angehörigen der Arbeiterschicht schützen zu können. Universitäten und Forschungsinstitute könnten hilfreiche Dokumentationen zum Stand der Dinge beisteuern.

Die Gewerkschaften sollten, anknüpfend an den vorigen Punkt, den Dialog mit der Regierung und den politischen Parteien suchen und die Fälle thematisieren, in denen die Polizei offenkundig mit Vertreter*innen arbeitnehmerfeindlicher Praktiken (die von Diskriminierung bis zu offener Gewalt reichen) Hand in Hand gearbeitet hat. Auch hier gilt: Nicht alle Polizeibeamt*innen neigen zu antidemokratischem oder migrantenfeindlichem Verhalten. Doch die Anhaltspunkte dafür, dass die Polizei solche Phänomene toleriert, sind so zahlreich, dass die Gewerkschaften sie nicht ignorieren dürfen. In diesem Zusammenhang ist das Engagement der Polizeigewerkschaften äußerst wichtig.

Ein letzter Aspekt: Keine antinationale, demokratische Koalition wird erfolgreich sein, wenn sie sich nicht für die demokratische Beteiligung der Basis starkmacht. Frühere Untersuchungen haben deutlich gemacht, wie schwierig Mobilisierung und gewerkschaftliche Vertretung zu realisieren sind – der Grund hierfür sind die institutionellen Schwächen der Gewerkschaften (Bithymitris 2021a) –, und sie haben aufgezeigt, wie massiv die Fragmentierung sich auf die griechische Gewerkschaftsbewegung ausgewirkt hat. Wie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben, ist der gewerkschaftliche Organisations-

grad nach wie vor rückläufig, wenngleich die Tarifbindung teilweise wiederhergestellt werden konnte. Auch bei den Arbeitskämpfen gibt es Anzeichen für eine Wiederbelebung: GSEE, ADEDY und PAME haben sich bei der Vorbereitung des Streiks vom 9. November zusammengeschlossen. Die erfolgreichen Arbeitskämpfe der Hafenarbeiter*innen von Piräus und der prekär Beschäftigten von e-Food, die sich gewerkschaftlich organisiert haben, sind ein untrügliches Zeichen für das große Entwicklungspotenzial der Gewerkschaften. Dieses Entwicklungspotenzial ist auch die Voraussetzung, um den Nationalismus innerhalb der Gewerkschaftsbewegung in Griechenland und anderswo dauerhaft zu überwinden.

LITERATUR

- Bithymitris, G.** (2016): »Union militancy during economic hardship: The strike at the Greek steel company »Hellenic Halyvourgia«, in: *Employee Relations* 38 (3), S. 373–389.
- Bithymitris, G.** (2018): »Μια ιδιότυπη σοσιαλδημοκρατική συνδικαλιστική ταυτότητα: ΠΑΣΟΚ και συνδικάτα από τη μεταπολίτευση στην κρίση«, in: Τάσης, Χ./Ασημακόπουλος, Β. (Hrsg.); ΠΑΣΟΚ 1974 – 2017: Πολιτική Οργάνωση, ιδεολογικές μετατοπίσεις, κυβερνητικές πολιτικές. Gutenberg, Athen, S. 134–161.
- Bithymitris, G.** (2021a): »The Situation of Trade Unions in Greece«, Friedrich Ebert Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/athen/18276.pdf>.
- Bithymitris, G.** (2021b): »The (im)possibility of class identity: Reflections on a case of failed right-wing hegemony«, in: *Critical Sociology* 47 (3), S. 475–490.
- Bithymitris, G.** (i. E.): »Mind the gaps: The class dynamics of the Greek parliamentary elite«, in: Kakepaki, M./Kountouri, F. (Hrsg.): *Parliamentary elites in transition. Political representation in Greece*, London, Palgrave.
- Bithymitris G. / Kotsonopoulos, L.** (2018): »Μετασχηματισμοί του ελληνικού συνδικαλιστικού κινήματος από τη μεταπολίτευση μέχρι την κρίση: συνέχειες και ρήξεις«, in: *Greek Political Science Review* 44 (1), S. 99–122.
- Bithymitris, G. / Koustenis, P.** (2022): »Το Κόκκινο και το Μαύρο: Εργατική τάξη και εθνικισμός στη Ναυπηγοεπισκευαστική Ζώνη«, in: Varoutsis, C. et al. (Hrsg.), Το πολιτικό πορτραίτο της Ελλάδας II. Διακυβεύματα και προκλήσεις, ΕΚΚΕ, Athen, S. 175–211.
- Bithymitris, G. / Spyridakis, M.** (2020): »Union Radicalism versus the Nationalist Upsurge. The case of Greek shipbuilding workers«, in: *Dialectical Anthropology* 44, S. 121–135.
- Broughton, A. et al.** (2016): *Precarious Employment in Europe: Patterns, Trends and Policy Strategies*, European Parliament, Directorate-General for Internal Policies, Policy Department A: Economic and Scientific Policy, Brüssel.
- Capelos, T. / Demertzis, N.** (2022): »Sour grapes: resentment as the affective response of grievance politics«, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research* 35 (1), S. 107–129.
- Christodoulou, M. et al.** (2022): »How Class-created Vulnerability shapes Biographical Agency: A Case-study Mixed-methods Research Design«, in: *Sociological Problems* 1, S. 189–219.
- Ellinas, A.** (2013): »The rise of the Golden Dawn: The new face of the far right in Greece«, in: *South European Society and Politics* 18 (4), S. 543–556.
- Ellinas, A.** (2015): »Neo-nazism in an established democracy: The persistence of the Golden Dawn in Greece«, in: *South European Society and Politics* 20 (1), S. 1–20.
- Enggist, M. / Pinggera, M.** (2022): »Radical right parties and their welfare state stances – not so blurry after all?«, in: *West European Politics* 45 (1), S. 102–128.
- Georgiadou, V.** (2013): »Right-wing populism and extremism: The rapid rise of »Golden Dawn« in Crisis-Ridden Greece«, in: Melzer, R. / Serafin, S. (Hrsg.), *Right-wing extremism in Europe. Country analyses, counter-strategies and labour-market oriented exit strategies*, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, S. 75–101.
- Georgiadou, V.** (2019): Η άκρα δεξιά στην Ελλάδα: 1965–2018, Kastaniotis, Athen.
- Georgiadou, V. / Kafe, A.** (2019): Εκλογική Συμπεριφορά, Papadopoulos, Athen.
- Georgiadou, V. / Rori, L.** (2014): »La crisis económica, el impacto social y político. La nueva extrema derecha en Grecia«, in: *Anuario Del Conflicto Social* 3, <https://revistas.ub.edu/index.php/ACS/article/view/10341>
- Kafe, A. / Georgiadou, V. / Lialiouti Z.** (2018): »Βία κατά μεταναστών στην Ελλάδα. Μια νέα βάση δεδομένων για το ρεπερτόριο δράσης ακροδεξιών ομάδων (1991–2017). Επιστήμη και Κοινωνία«, in: Επιθεώρηση Πολιτικής και Ηθικής Θεωρίας 37, S. 41–72.
- Karakioulafi, C. et al.** (2021): »Patterns of Labour Solidarity Towards Precarious Workers and the Unemployed in Critical Times in Greece, Poland, and the UK«, in: *Sociological Research Online* 26 (3), S. 739–758.
- Katsaroumbas, I. / Koukiadaki, A.** (2019): »Greece: »contesting« collective bargaining«, in: Müller, T. / Vandaele, K. / Waddington, J. (Hrsg.) *Collective Bargaining in Europe*, ETUI, S. 267–293.

Kitschelt, H., in Zusammenarbeit mit **McGann, Anthony J.** (1995): *Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, University of Michigan Press, Ann Arbor, MI.

Koronaïou, A. / Sakellariou, A. (2013): »Reflections on »Golden Dawn«, community organizing and nationalist solidarity: helping (only) Greeks«, in: *Community Development Journal* 48 (2), S. 332–338.

Koukoules G. (1994): Ελληνικά συνδικάτα, οικονομική αυτοδυναμία και εξάρτηση 1938–1984: Συμβολή στη διερεύνηση της υπόθεσης ανυπαρξίας ελληνικού συνδικαλιστικού κινήματος, Odysseas, Athen.

Kouzis, Y. (2007): Τα χαρακτηριστικά του ελληνικού συνδικαλιστικού κινήματος: Αποκλίσεις και συγκλίσεις με τον ευρωπαϊκό χώρο, Gutenberg, Athen.

Liakos, A. (1993): Εργασία και πολιτική στην Ελλάδα του μεσοπολέμου : το Διεθνές Γραφείο Εργασίας και η ανάδυση των κοινωνικών θεσμών, ΕΤΕ, Athen.

Nektarios, M. et al. (2022): Αποτελεσματικότητα της Επαγγελματικής Εκπαίδευσης και Κατάρτισης στην Ελλάδα, Dianeosis, https://www.dianeosis.org/wp-content/uploads/2022/10/vocational_training_v.2.10.22.pdf

Papadimitriou, D. (2009): Από τον λαό των νομιμοφρόνων στο έθνος των εθνικοφρόνων, Savalas, Athen.

Papanikolopoulos, D. et al. (2018): »Το απεργιακό φαινόμενο στην Ελλάδα. Καταγραφή των απεργιών κατά την περίοδο 2011–2017«, in: ΙΝΕ/ΓΣΕΕ Μελέτες 48.

Reckwitz, A. (2021): *The End of Illusions. Politics, Economy, and Culture in Late Modernity*, Polity Press, Medford.

Salmela, M. / Scheve, C. von (2017): »Emotional roots of right-wing political populism«, in: *Social Science Information* 56 (4), S. 567–595.

WEITERE QUELLEN

Chrysochoou, X. (2014): *Severe forms of Labour Exploitation: Supporting victims of severe forms of labour exploitation in having access to justice in EU Member States*, Schwere Formen der Arbeitsausbeutung, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA).

CNN Greece (2016): »Στη φυλακή οι βασανιστές του Ουαλίντ Ταλέμπ«, in: *CNN.gr* (online), 28.11.2016, <https://www.cnn.gr/ellada/story/56414/sti-fylaki-oi-vasanistes-toy-oyalint-talemp>

Demetis H. (2020): »Σαχζάτ Λουκμάν: Ένα ρατσιστικό έγκλημα χωρίς απονομή δικαιοσύνης«, in: *News247.gr* (online), 17.1.2020, <https://www.news247.gr/koinonia/sachzat-loykman-ena-ratsistiko-egklima-choris-aponomi-dikaioynis.7565727.html>

Dionelis, M. (2020): »Ένοχοι και στο Εφετείο οι χρυσαυγίτες για την επίθεση στη Βαϊνιά«, in: *Efsyn.gr* (online), 25.9.2020, https://www.efsyn.gr/efkriti/koinonia/261282_enohoi-kai-sto-efeteio-oi-hraysiaytes-gia-tin-epithesi-sti-bainia

eKathimerini (2018): »Migrant farm workers see camp go up in smoke«, in: *eKathimerini*, 7.6.2018, <https://www.ekathimerini.com/news/229395/migrant-farm-workers-see-camp-go-up-in-smoke/>

Golden Dawn (2018): »Ταυτότητα«, <http://www.xryshaygh.com/kinima#ixzz3VhliaySp>.

Hekimoglou, A. (2013): »Κήρυξαν ανεπιθύμητη τη Χρυσή Αυγή στα αμαξοστάσια της ΟΣΥ«, in: *Tovima.gr*, 27.6.2013, <https://www.tovima.gr/2013/06/27/society/kiryksan-anepithymiti-ti-xrysi-aygi-sta-amaksostasia-tis-osity/>

Jail Golden Dawn (2015): »Ποιοί είναι οι 3 εφοπλιστές που συναντήθηκαν με τον Λαγό πριν ξαναμπεί στη φυλακή«, in: *Jailgoldendawn.com* (online), 21.7.2015, <https://jailgoldendawn.com/2015/07/21/>.

Jail Golden Dawn (2017): »Η πολιτική και οργανωτική κατάσταση της Χρυσής Αυγής σήμερα«, in: *Jailgoldendawn.com* (online), 6.1.2017, <https://jailgoldendawn.com/>

Kalafatis A. (2020): »Καταγγελία για πρακτικές Μανωλάδας στην Ηλεία: Ξυλοδαρμός μετανάστη – εργάτη«, in: *Ethnos.gr* (online), 19.10.2020, <https://www.ethnos.gr/greece/article/129276/kataggeliagia-praktikesmanoladassthnhleiaxylodarmosmetanasthergath>

Kathimerini (2013): »Διασυνδέσεις Χρυσής Αυγής με σωματείο υπαλλήλων σεκιούριτι«, in: *Kathimerini.gr* (online), 10.10.2013, <https://www.kathimerini.gr/society/55977/diasyndeseis-chrysis-aygis-me-somateio-ypallilon-sekiyriti/>

Mandrou I. (2022): Δολοφονία Φύσσα: »Αγκάλιασε τον Παύλο και τον μαχαίρωσε«, in: *Kathimerini.gr*, 25.10.2022, <https://www.kathimerini.gr/society/562107310/dolofonia-fyssa-agkaliase-ton-paylo-kai-ton-machairose/>

Newmoney (2022): »ΕΝΕΔΕΠ για Συλλογική Σύμβαση Εργασίας στο λιμάνι του Πειραιά: Ξέσπασε η αδιαλλαξία«, in: *Newmoney.gr* (online), 11.5.2022, <https://www.newmoney.gr/roh/palmos-oikonomias/nautilia/enedep-gia-sillogiki-simvasi-ergasias-sto-limani-tou-pirea-espase-i-adiallaxia/>

Pliakos K. (2017): »Χωρίς τους Αιγύπτιους ψαράδες θα τρώγαμε «μόνο κατεψυγμένα»«, in: *CNN.gr* (online), 6.1.2017, <https://www.cnn.gr/focus/story/61632/xoris-toys-aigyptioys-psarades-tha-trogame-mono-katepsygmena>

Politi, F. (2021): »Χρυσή Αυγή: Δέκα χρόνια από το πογκρόμ στο κέντρο της Αθήνας Ποτέ ξανά«, in: *In.gr* (online), 12.5.2021, <https://www.in.gr/2021/05/12/greece/xrysi-aygi-deka-xronia-apo-pogkrom-sto-kentro-tis-athinas-pote-ksana/>

Proto Thema (2012): »ΟΑΕΔ< από τη Χρυσή Αυγή μόνο για Έλληνες«, in: *Protothema.gr* (online), 28.9.2012, <https://www.protothema.gr/politics/article/226284/oaed-apo-th-xrysh-aygh-mono-gia-ellhnes/>

Rizospastis (2013): »Δεσμοί αίματος ανάμεσα σε μεγαλοεργολάβους και χρυσαυγίτες«, in: *Rizospastis.gr* (online), 2.10.2013, <https://www.rizospastis.gr/story.do?id=7637052>.

Rizospastis (2015): »Χρυσή Αυγή: Αναζητά νέο ρόλο στο αστικό πολιτικό σύστημα«, in: *Rizospastis.gr* (online), 2.8.2015, <https://www.rizospastis.gr/page.do?publDate=2/8/2015&id=15916&pageNo=12>

Vithoulkas D. (2013): »Πυροβόλησαν και τραυμάτισαν σοβαρά 8 αλλοδαπούς εργάτες στη Μανωλάδα Ηλείας γιατί ζήτησαν τα δεδουλευμένα 6 μηνών«, in: *To Vima.gr* (online), 17.4.2013, <https://www.ethnos.gr/greece/article/129276/kataggeliagiapraktikesmanoladassstnhhleiaxylodarmosmetanasthergath>

The Press Project (2017): »Μήνυση της Χρυσής Αυγής στην ΠΟΣΠΕΡΤ«, in: *Thepressproject.gr* (online), 25.5.2017, <https://thepressproject.gr/minusi-tis-xrusis-augis-stin-pospert/>

Tsimitakis, M (2015): »Οι «προγραφές» της Χ.Α. στη ναυπηγοεπισκευαστική ζώνη Περάματος«, in: *Kathimerini.gr* (online), 25.7.2015, <https://www.kathimerini.gr/society/824996/oi-prografes-tis-ch-a-stinaypigoepiskeyastiki-zoni-peramatos/>

ÜBER DIE AUTOREN

Giorgos Bithymitris, PhD, forscht am Nationalen Zentrum für Soziale Forschung (EKKE) in Athen und befasst sich mit sozialer Differenzierung. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind Identitäten der Arbeiterklasse und Nationalismus im Kontext von Krise und Nachkrisenzeit.

Argyris Biskinis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand an der Universität Lancaster, Großbritannien.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung:
Internationale Zusammenarbeit | Globale und Europäische Politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Dr. Marc Meinardus | Europäische Gewerkschafts- und Sozialpolitik
marc.meinardus@fes.de

Design/Layout: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

